

Patricia Zihlmann, Stefan Hess

# Aushalten und Bewältigen

Basel erlebt nach der Französischen Revolution von 1789 grosse politische und militärische Bedrohungen. Die Erinnerungskultur wird diese Jahre ablehnen und ihren Protagonisten Peter Ochs zunächst totschweigen. Insbesondere von 1813 bis 1817 akzentuiert sich der Ausnahmezustand, in dem sich die Stadt befindet. Massenheere ziehen durch Basel, es gibt Krieg um und in der Stadt, eine Epidemie bricht aus. Schliesslich führt ein gewaltiger Vulkanausbruch in Indonesien zu einer weltweiten Klimakatastrophe. Ernteausfall, Teuerung und Hungersnot bleiben Basel nicht erspart. Trotzdem kommt es nicht zu Unruhen. Bewältigen bedeutet für jeden und jede meist persönliches Ausharren. Auch der Staat betont den Anteil privater Wohlfahrt. Er ruft zu Demut und Dankbarkeit gegenüber den hilfsbereiten Begüterten auf. Die sozialen Hintergründe von Notlagen werden erst Jahrzehnte später ein Thema.

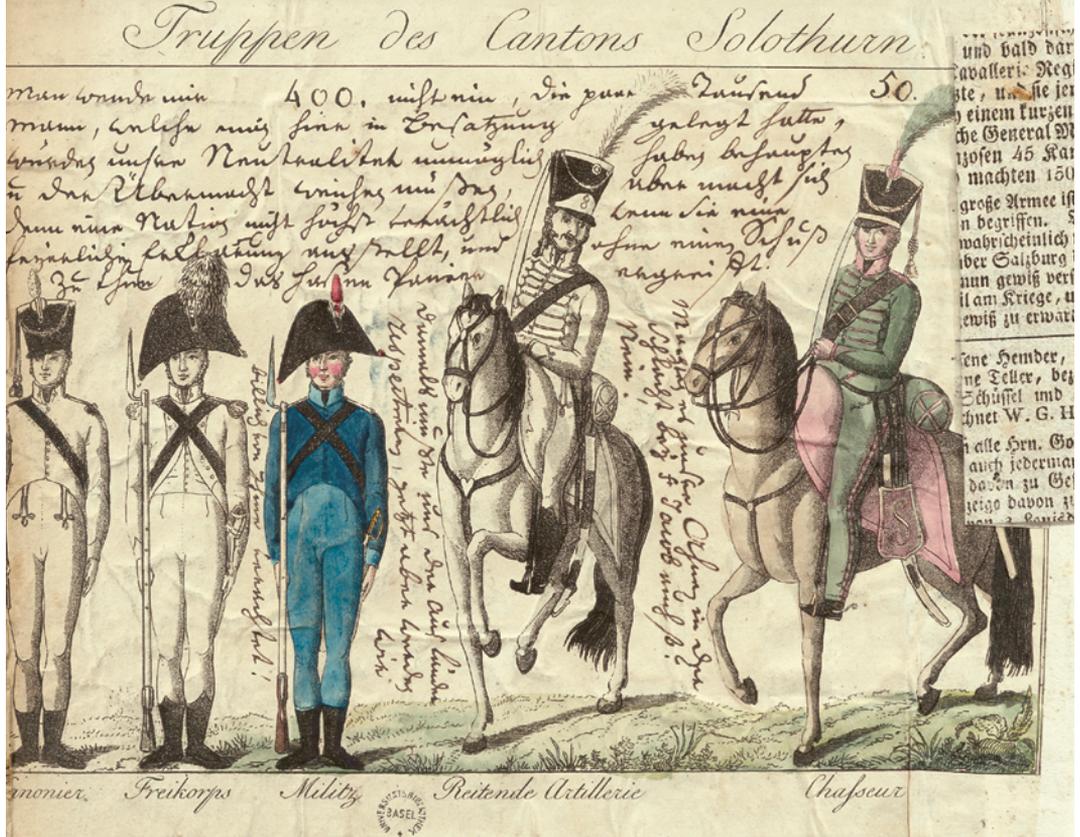
# Krisen und ihre Bewältigung

Patricia Zihlmann

«Was erlebt doch unsre Generation nicht alles in so wenig Jahren? Ja innert wenig Monaten, Wochen, Tagen?», schreibt Emanuel Burckhardt-Sarasin im März 1814.<sup>1</sup> Mit Belagerungen, Bombardements, tödlichen Krankheiten und leeren Kornspeichern war Basel wie viele Städte in der zweiten Hälfte des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts mehrmals konfrontiert. Ereignisreich waren die drei Jahrzehnte nach 1790, denn die sich verändernden politischen Rahmenbedingungen hatten konkrete Auswirkungen auf den Alltag. In den Jahren 1814 bis 1817 stellte eine Häufung schwieriger Lebenslagen durch Krieg, Seuche und Hungersnot sogar die Existenz infrage. Folglich ist es wenig erstaunlich, dass die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen die Gegenwart als krisenhaft wahrnahmen.<sup>2</sup> Auch die Reflexion des Basler Kaufmanns Emanuel Burckhardt-Sarasin fällt in diese Zeit und wird angesichts der unbequemen Lage der Basler Bevölkerung verständlich: Seit Dezember 1813 waren im Krieg gegen das napoleonische Frankreich tausende Angehörige der alliierten Truppen in der Stadt einquartiert, was die Ausbreitung eines tödlichen Fiebers begünstigte, das etliche Opfer unter der Einwohnerschaft und im Militär forderte. Die Atempause nach der französischen Kapitulation und Schleifung der Festung Hüningen 1815 währte nicht lange: Der Ausbruch des indonesischen Vulkans Tambora führte in Mitteleuropa 1816/17 zu zwei verregneten Sommern. Die Ernten brachen ein und der Hunger grassierte, auch in Basel und auf der Landschaft. Diese wirtschaftlichen, medizinischen, emotionalen und sozialen Belastungen galt es auszuhalten und zu bewältigen – je nach Betroffenheit und zur Verfügung stehenden Mitteln konnte die Bevölkerung auf unterschiedliche Strategien hierfür zurückgreifen.

## Stadt an der Grenze – Im Stich gelassen und enttäuscht

Ein wichtiges Merkmal für das Basler Selbstverständnis war und ist die Grenzlage am Dreiländereck. In Friedenszeiten brachte sie Vorteile für Handel und Wirtschaft mit sich und vereinfachte die Verbindung zu den elsässischen und badi-schen Märkten. Die Nähe zu zahlreichen französischen Festungen war dagegen äusserst bedrohlich, als sich Ende 1813 österreichische, preussische und russische



**26 Handzeichnung und Text zum militärisch-politischen Geschehen im «Ratsherrenkasten» von Emanuel Burckhardt-Sarasin, um 1813.** — Selbstzeugnisse dienten auch als Ventil für die emotionale Bewältigung von Krisen. Emanuel Burckhardt-Sarasin dokumentierte das Zeitgeschehen in über vierzig umfangreichen Bänden («Ratsherrenkasten»), indem

er Zeitungsartikel, Karikaturen, eigene Kommentare und Illustrationen zu einer Collage zusammenfügte. Auf dieser Illustration zu Solothurner Truppen notiert er abschätzig, die Kapitulation der eidgenössischen Truppen 1813 sei feige im Vergleich mit dem Kampf der Eidgenossen in der Schlacht bei St. Jakob 1444.

Truppen mit rund 195 000 Soldaten für einen militärischen Schlag gegen Frankreich an der Grenze sammelten.<sup>3</sup> Zum Schutz der Neutralität erliess die Basler Regierung am 3. November 1813 eine Verordnung zur Vermeidung parteiischer Reden und befahl, sie in allen Gaststätten und Häusern Basels zu verteilen. Eine Woche später wurde die Meldepflicht für Fremde verschärft, und es wurden keine neuen Aufenthaltsscheine für französische Bürger mehr ausgestellt.<sup>4</sup> Als die Tagssatzung am 18. November die bewaffnete Neutralität proklamierte, wurden zwar eidgenössische Regimenter in Grenzstädten wie Basel, Rheinfelden und Konstanz einquartiert, doch hätte deren geringe Zahl kaum einen Einmarsch in eidgenössisches Territorium verhindern können [26].<sup>5</sup>

In dieser angespannten Lage vergrösserten Gerüchte über eine heimliche Übereinkunft zwischen den Alliierten und den eidgenössischen Befehlshabern Niklaus Rudolf von Wattenwyl und Johann Anton von Herrenschwand die allgemeine Nervosität. Die Kapitulation am 20. Dezember und der rasche Abzug der eidgenössischen Truppen bestätigten die Meldungen. Viele Basler Zeitzeugen und Zeitzeuginnen nahmen dies als Verrat der Heimatstadt und der Neutralität wahr. Als eidgenössischer Offizier legte etwa Eduard Ochs (später His), Sohn des Basler Revolutionärs Peter Ochs, seine Uniform enttäuscht und beschämt ab.<sup>6</sup>

Dass sich die Basler im Stich gelassen fühlten, zeigt ein Artikel des Basler Bezirksstatthalters Christian Dagobert Gysendörfer im Oktober des folgenden Jahres. In der *«Allgemeinen Zeitung»* verband er seinen Vorwurf gegen die eidgenössischen Befehlshaber, sie hätten für die Kapitulation Geld angenommen, mit einer Spitze gegen deren Berner Heimatkanton, wo die Regierung zügig eine Restauration der vorhelvetischen Verhältnisse anstrebte. Die Republik Bern führte zur Widerlegung der Vorwürfe erfolgreich eine Untersuchung durch und liess alle Akten in der Presse publizieren, wo Herrenschwand Gysendörfers Äusserung als *«Basler-Geschwätz»* abqualifizierte.<sup>7</sup>

### **Stadt im Ausnahmezustand**

«Nunmehr glich Basel vollkommen einer belagerten Stadt; die Strassen waren immer dicht mit Soldaten besetzt; das gieng immer auf und zu mit Ein- und Abmarschieren, Aus- und Einquartieren von Leuten, mit allen Farben und von allen Nationen, preussischen, österreichischen und russischen Unterthanen von allen Kreuzecken und Enden, deren Sprache kein Mensch verstand», beschrieb Johann Heinrich Munzinger rückblickend die Zeit.<sup>8</sup> Bereits für die Einquartierung der eidgenössischen Truppen hatten die Obrigkeiten die aktive Mithilfe der Bevölkerung beim Aufbau der Infrastruktur benötigt. Am 17. und 30. November 1813 wurde sie aufgerufen, Laternen anzuschaffen (eine öffentliche Beleuchtung gab es nicht), Matratzen und Bettdecken für Kantonnements zu liefern und Vorkehrungen zur privaten Unterbringung von Militärangehörigen zu treffen.<sup>9</sup> Der materielle Bedarf spiegelt sich in den Zeitungsannoncen des ausgehenden Jahres wider: Angebote von Möbeln, Textilien oder Laternen standen neben Kaufgesuchen wie jenem des Kantonsarztes Johann Georg Stückelberger um *«gute, reine und brauchbare Strohsäcke, Madratzen, Kopfpolster und Leintücher»*.<sup>10</sup>

In der Einwohnerschaft, die sich innert kurzer Zeit vorbereiten musste, war der Druck gross.<sup>11</sup> Eine weitaus grössere Herausforderung in zeitlicher und mate-

## 27 Splitter einer Bombe aus der Festung

**Hünigen, 1815.** — Aufgrund der militärischen Besetzung durch alliierte Truppen wurden Basel und umliegende Dörfer 1814/15 zum Ziel für die Kanonen der französischen Festung Hünigen. Im Jahr 1815 kam es zu Kampfhandlungen, die erst zwei Monate nach Napoleons Niederlage bei Waterloo endeten. Die Festung wurde 1815 und in den Jahren danach abgetragen, doch sind ihre Strukturen noch im Hüninger Strassenbild zu erkennen.



rieller Hinsicht brachte dann die Unterbringung der rund 20 000 alliierten Soldaten und Offiziere samt Angehörigen und Bediensteten am 21. Dezember.<sup>12</sup> Dies waren mehr Menschen, als damals in Basel lebten (rund 16 000). Daher liegt der Vergleich mit einer Belagerung nahe, wie er in der 1820 begonnenen ›Haus-Chronik‹ des Lehrers Johann Heinrich Munzinger zu finden ist.<sup>13</sup>

Einer Schätzung in der Presse zufolge beliefen sich die Kosten für die Stadt Basel zwischen Dezember 1813 und Juni 1814 auf mehr als 3 340 000 Franken, wovon die Hälfte (rund 1 760 000 Franken) die 700–800 000 Verpflegungstage in der Stadt Basel ausmachten. Zusätzlich zur Beherbergung und Verpflegung mussten weitere Ressourcen zur Verfügung gestellt werden: Durch die Unterbringung einer russischen Druckerei in der Universität wurden die Vorlesungen zeitweilig eingestellt. Die Clarakirche wurde für ein russisches Getreidemagazin geräumt, weshalb die katholischen Gottesdienste in der Martinskirche abgehalten wurden. Spitäler und Gefängnisse mussten eingerichtet und Transportmittel, Munition, Geschütze oder Werkzeuge zum Bau von Brücken und Militäranlagen bereitgestellt werden. Hierfür gestattete die Obrigkeit den Truppen auch gegen die Klage der Besitzer die Abholzung von Bäumen nach Gutdünken, was sonst unter Strafe stand.<sup>14</sup>

Das Stadtbild wurde nun von Futter- und Munitionsfuhrern, Kranken- und Verletztentransporten geprägt, auf dem Rhein waren militärische Pontons, statt wie gewohnt Handelsschiffe, zu sehen. Der Handel erlitt hohe Einbussen: Bis Februar 1814 lagen die Manufakturen in Basel still, noch länger stockten die elsässische Fabrikation in Basler Händen sowie der Handel mit Kaffee, Zucker und

weiteren Kolonialwaren. Für die Belagerung der französischen Festung Hüningen wurden Laufgräben ausgehoben und Batterien erstellt.<sup>15</sup> Noch heute erhalten ist die ‹Batterie› auf dem Bruderholz, gleichsam die wichtigste Geschützstellung aus jener Zeit. Schliesslich führten die Gefechte um die 1679 bis 1691 erbaute Festung – südlichster Punkt einer französischen Festungskette zur Sicherung der Grenze am Oberrhein und Ausgangspunkt für militärische Offensiven in die deutschen Länder – mehrmals zur Bombardierung Basels, wodurch Häuser zerstört und Menschen getötet wurden [27].<sup>16</sup>

In den Jahren 1813 bis 1815 befand sich der Kanton wegen der Einquartierung immer wieder in Finanzschwierigkeiten. Die Regierung musste deshalb Ende Januar 1814 ein Staatsdarlehen aufnehmen. Gleichzeitig rief sie Private auf, der Regierung Gelder vorzustrecken. Diese Strategie deutete der Chronist Burckhardt-

### Ein Basler in französischen Diensten

Vier Schweizerregimenter standen in napoleonischen Diensten. Schon zuvor war die Armee der Französischen Republik Interessierten offengestanden, sei es aus politischen oder finanziellen Motiven,<sup>17</sup> wie die Geschichte von Johannes Otteney illustriert. Aufgrund fehlender Lehrstellen in Basel schloss er eine Buchbinderlehre in Strassburg ab und wurde nach seiner Rückkehr um 1790 wegen seiner ‹schwärmerischen› Frömmigkeit und als möglicher Anhänger der Revolution verhöhnt. Den beabsichtigten Eintritt in die französische Armee begründete er mit fehlendem Verdienst, in seiner Autobiografie aber auch mit der Enttäuschung über die Verdächtigungen in seiner Heimatstadt.

Die Autobiografie ist ein eindrücklicher Bericht über Otteneys Erfahrungen in den Koalitionskriegen, die wegen der offensiven Kriegsführung für Soldaten und Zivilbevölkerung von äusserster Gewalt geprägt waren. Die Schlachten forderten viele Tote und Verwundete, die medizinische Betreuung war oft unzureichend, und die Versorgungsschwierigkeiten in den Massen-

armeen führten zu Plünderungen und Raubaktionen durch Soldaten.<sup>18</sup> Kriegsgefangene machten auf beiden Seiten ähnliche Erfahrungen, sie wurden geplagt, misshandelt und beschimpft – der rechtliche Schutz für Kriegsgefangene bildete sich erst allmählich während des ersten Koalitionskrieges aus. Auch Otteney und seine Kameraden gerieten in Kriegsgefangenschaft: Unmenschliche Kommandanten hätten sie auf langen Märschen bei heissem Wetter in den Tod getrieben; Krankenwärter sollen verletzte und kranke Gefangene, anstatt sie zu pflegen, erwürgt und dann bestohlen haben. Dass er die preussische Gefangenschaft überlebte, deutete Otteney in seiner Autobiografie als Beweis göttlicher Güte. Das erinnernde Schreiben ermöglichte eine sinnstiftende Selbstdarstellung und die Verarbeitung traumatischer Ereignisse. So notierte Otteney zur Kriegsgefangenschaft: «Gott weißt es, daß ich nicht Lüge! Aber es ist Schauderhaft solche Nachrichten zuhören, noch schrecklicher ist es, ein Augen Zeuge davon gewesen zu sein.»<sup>19</sup>

Sarasin aus einer dezidiert stadtbürgerlichen Perspektive verärgert als Versuch der «spitzbübishe[n] Bauren Regierung» – eine Spitze gegen die angebliche landschaftliche Dominanz (de facto stammte die Mehrheit der Regierungsmitglieder aus der Stadt) –, sich auf Kosten der Stadtbürger die allgemeinen Lasten bezahlen zu lassen. Eigennutz warf er auch jenen Stadträten vor, die häufig mit dem Platzkommandanten Graf von Taxis ausgiebig und auf Kosten der Stadt getafelt hätten.<sup>20</sup>

### **Stadt im Wechselbad der Gefühle**

«Wir haben die fremden Horden in der Schweiz, und Gott weiss was uns noch erwartet».<sup>21</sup> Anna Vischer, Tochter des Bandfabrikanten und ehemaligen Ratsherrn Peter Vischer, blickte an Weihnachten 1813 sorgenvoll in die Zukunft. Ungefähr zur gleichen Zeit ermahnte Feldmarschall Fürst von Schwarzenberg die Basler Bevölkerung an ihre Pflicht, die Truppen grösstmöglich zu unterstützen, und versicherte gleichzeitig, man wolle die Lasten der Inquartierung durch pünktliche Zahlung der Verpflegung und «strenge Ordnung und Disciplin» mildern. Seinen Truppen schärfte er ein, dass sie das eidgenössische Gebiet als «Freunde und Befreyer» betreten würden und sich dementsprechend verhalten sollten.<sup>22</sup>

Den Truppen, besonders den russischen Kosaken, eilte ein schrecklicher Ruf voraus. In unzähligen Anekdoten, wie sie auch Burckhardt-Sarasin zusammentrug, treten sie meist als vulgäre und rohe Plünderer oder als Vergewaltiger, selten positiv in Erscheinung. Die Anekdote «Der edle Cosack» legt mit einer überraschenden Wendung das negative Stereotyp offen. Ein Kosak verschwindet mit dem Neugeborenen der unbemittelten Familie, bei der er im Elsass inquartiert ist. Ihre Furcht stellt sich als unbegründet heraus: Der Kosak bringt den Eltern nicht nur das Kind zurück, sondern übergibt ihnen den Erlös einer Geldsammlung unter seinen Kameraden.<sup>23</sup> Auch Überschriften wie «Cosaken Anekdoten, im Kalender Styl» und andere sprachliche Wendungen werfen die Frage nach dem Wahrheitsgehalt auf. Erhellend ist die Geschichte über die Plünderung im Pfarrhaus Rötteln: Die kosakischen Räuber entpuppten sich als Bauern, die sich als Kosaken verkleidet hatten.<sup>24</sup> In den Schauer dürfte sich gleichzeitig die Faszination für das Fremde gemischt haben; so waren Basler schon vor der Ankunft der Alliierten nach Lörrach gereist, um die Kosaken zu bestaunen.<sup>25</sup>

Aus Furcht vor Plünderungen versteckten die reichen Städter vor dem Einmarsch der Alliierten ihre Wertsachen oder brachten sie weg. Tatsächlich finden sich in Selbstzeugnissen und Protokollen des Kleinen Rats immer wieder Klagen über unflätiges oder zerstörerisches Verhalten der Inquartierten unterschiedlicher

Herkunft, die (angeblich oder tatsächlich) masslos Wein und Essen forderten oder Kircheninventar und Pferde stahlen.<sup>26</sup> Auch hier können wir Burckhardt-Sarasins reichen Schatz an Anekdoten, Gerüchten und Beobachtungen als Quelle beiziehen. Zu seinen Klagen gesellte sich gelegentlich der Hinweis, dass Gespräche wegen Sprachunterschieden schwierig seien. Für die «Exzesse» der Kosaken bot er damit eine weitere Erklärung an: Da ihnen Deutschkenntnisse fehlten, wähnten sie sich auf feindlichem Boden.<sup>27</sup> Insgesamt konstatierte er auch freundliche Begegnungen zwischen Kostgebern und Einquartierten: Am Tisch kam es zu Gesprächen, man tauschte Gedenkalben aus, und die Militärs brachten Nachrichten vom europäischen Kriegsgeschehen. Schliesslich kursierten auch Gerüchte über sexuelle Verbindungen. So sei eine Baslerin mit einem Soldaten nach Russland gereist – ob von ihrem Ehemann verkauft oder freiwillig, das wusste Burckhardt-Sarasin allerdings nicht.<sup>28</sup>

Kontakte mit der Bevölkerung entstanden auch im öffentlichen Raum, in Gasthäusern, auf Strassen und Plätzen oder bei Gottesdiensten. Der preussische König besuchte etwa eine Predigt im Münster,<sup>29</sup> und im Reichensteinerhof (das «Blaue Haus» am Rheinsprung), wo die Familie Vischer die Brüder des russischen Zaren beherbergte, wurde die Karwoche nach russisch-orthodoxem Kalender gefeiert. Für die Unterbringung von Monarchen musste viel zusätzliches Mobiliar angeschafft werden; sie ermöglichte den obersten Basler Schichten zugleich aber eine aufregende Erfahrung: Vischer zeigte dem österreichischen Kaiser Sehenswürdigkeiten, und neben gemeinsamen Spielnachmittagen wurden Bälle und Soirées abgehalten.<sup>30</sup> Für die Allgemeinheit jedoch wurden wegen der Einquartierung Konzerte und Bälle abgesagt; auch die Fasnachtsumzüge fanden 1814 nicht statt. Einen gewissen Ersatz für diese Ausfälle waren immerhin die Truppenparaden und prächtigen Festivitäten zum Besuch der drei Monarchen aus Preussen, Russland und Österreich. Die Feierlichkeiten zogen viel Publikum an, und Einwohner aller Schichten bekundeten gemäss Presseberichten ihre Verehrung für die Monarchen mit prächtigen Illuminationen oder kleinen Lichtern hinter Transparenten.<sup>31</sup>

### **Geteilte Herrschaft in der Stadt**

«So viele Leute auf dem Einquartierungsbureau beschäftigt waren, so hatten sie doch bis in die späte Nacht alle Hände voll zu thun, Sonntag wie Werktag. Auch wurde das Hauptquartier hieher verlegt, von wo die Kriegsoperationen ausgingen; niemand hatte jetzt hier 'was zu befehlen, als der österreichische Platzkommandant und die Chefs der Alliierten; von hiesigen Polizeianstalten war nun voll-

ends keine Rede mehr; das Militär spielte jetzt den Meister. Wann Soldaten angesagt wurden, so mussten sie untergebracht werden, sie mochten nun Platz haben oder nicht – da halfen keine Gegenvorstellungen.» So zeichnete Johann Heinrich Munzinger im Rückblick auf das Jahr 1814 die Nöte der Quartiergeber.<sup>32</sup> Für diese konnte die Beherbergung von Soldaten rasch zu einem finanziellen Engpass führen, besonders wenn ihr Zuhause zu wenig Platz bot und eine Unterkunft dazu gemietet werden musste. Die begüterte Beobachterin Anna Vischer war nicht die Einzige, die das Einquartierungssystem als ungerecht und willkürlich empfand.<sup>33</sup> Burckhardt-Sarasin wehrte sich erfolglos, als er plötzlich mehr Soldaten unterbringen musste, und berichtete von Baslern, die aufgrund geringen Verdiensts um eine Verminderung der Einquartierungslast baten oder am Nervenfieber Erkrankte nicht einquartieren wollten, jedoch kaltschnäuzig abgewiesen wurden.<sup>34</sup> Wie Johann Jakob Flick, Tuchscherer und Meister der Kleinbasler Gesellschaft zum Rebhaus,<sup>35</sup> war er davon überzeugt, dass Mitglieder der Behörde sich, ihre Verwandten und Freunde schonen würden. Flick teilte diese Vermutung Mitte Mai 1814 Bekannten mit, was ihm eine Geldbusse und die Ermahnung zu anständigem Verhalten gegenüber Beamten einbrachte:<sup>36</sup> Der schwerwiegende Vorwurf der Vetternwirtschaft wurde von der Obrigkeit scharf zurückgewiesen.

Seit Anfang Februar 1814 gab es mit verschärften Quartiergängen und der Androhung zusätzlicher Einquartierung oder Geldbussen Bemühungen, das Einquartierungswesen stärker zu kontrollieren. Die Versuche der Einwohner, mittels falscher Angaben möglichst wenig Militär beherbergen zu müssen, wurden von den Behörden als eigennütziges Verhalten angeprangert, das die ohnehin grosse Last für die Allgemeinheit vermehre. Vermutlich waren die Massnahmen nur bedingt erfolgreich, denn am 12. April wurde als Strafe die Bekanntmachung aller Fehlbaren im «Kantonsblatt» in Aussicht gestellt.<sup>37</sup> Eine Nebenwirkung der Kontrollen bestand darin, dass aufgedeckt wurde, wenn sich Leute als Soldaten ausgaben und sich so gratis Kost und Logis verschafften.<sup>38</sup>

Zeitgenössische Quellen konstatieren häufig die Überforderung der Behörden angesichts der Einquartierung von Zehntausenden Militärs. Um sie administrativ bewältigen und den Kleinen Rat entlasten zu können, war bereits am 22. Dezember 1813 ein Kriegskommissariat mit sämtlichen Regierungsvollmachten und Personal für die Begleitung der Truppen zu ihren Unterkünften eingesetzt worden, wohl um Konflikte und Unordnung zu verhindern.<sup>39</sup> Am 22. Februar 1814 wurden zur Vereinfachung vorgedruckte Quartierlisten eingeführt und weitere Schreiber gesucht.<sup>40</sup> Doch auch dieses Personal genügte nicht, als möglichst rasch die Kosten



**28 Bilderfolge ›Wechsel des Glücks‹, eingeklebt in einen Band des ›Ratsherrenkastens‹ von Emanuel Burckhardt-Sarasin, 1814.** — Die napoleonischen Feldzüge führten zur Einquartierung französischer Truppen in weiten Teilen Europas. Nach dem katastrophal gescheiterten Russlandfeldzug von 1812 und mit dem Beginn der ›Befreiungskriege‹ 1813

mussten Napoleons siegesgewohnte Armeen aus den zuvor eroberten Gebieten flüchten. Der ›Wechsel des Glücks‹ karikiert die Entwicklung: Französische Soldaten in Sachsen fordern übermütig, drohend und masslos Bewirtung, später können sie, verarmt und zerlumpt, nur durch den – eigentlich tabuisierten – Verzehr von Pferdefleisch überleben.

für die Entschädigungszahlungen der Alliierten aufzulisten waren. Wie schon bei der Einquartierung griffen die Behörden nun auf Private zurück und forderten am 3. März Bürger, Notare und Handelsleute auf, Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen.<sup>41</sup>

Engpässe gab es auch in sicherheitspolizeilicher Hinsicht. Sie führten zur Kritik, die Obrigkeit gehe ungenügend gegen Plünderungen vor,<sup>42</sup> und aus den Gemeinden kamen unzählige Klagen über Sachbeschädigungen und Misshandlungen durch Soldaten. Diese wurden häufig vom aargauischen Quartieramt Rhein-

felden an die Basler Gemeinden Augst, Wintersingen, Buus und Maisprach zur Unterbringung überwiesen. Trotzdem intervenierte die Obrigkeit bei der aargauischen Regierung erst, als Gemeinderäte eine Abwanderung androhten.<sup>43</sup>

Natürlich wurde die Politik auch in Friedenszeiten von anderen Mächten im eidgenössischen Staatenbund und ausserhalb mitbestimmt. Mit der Präsenz der alliierten Truppen im Kantonsgebiet waren die Basler Obrigkeiten jedoch mit einer militärischen Gewalt innerhalb ihrer Grenzen konfrontiert, die infrastrukturelle Ressourcen benötigte, in gesetzliche Regelungen eingriff und eine zusätzliche Strafinstanz installierte: Bei Konflikten mit der Stadtbevölkerung forderte der Platzkommandant Graf von Taxis die Meldepflicht für Fremde.<sup>44</sup> Bei Konflikten mit Einwohnern verlangte von Taxis, die Bestrafung von Truppenangehörigen der Militärbehörde zu überlassen. Ebenso drang er erfolgreich beim Rat auf die Bestrafung von Basler Einwohnern, die Soldaten misshandelten oder hohen Offizieren gegenüber respektlos auftraten.<sup>45</sup> Insbesondere ihre politischen Interessen wahrten die Alliierten streng. Der Rat erliess auf von Taxis' Verlangen eine strikte Zensurordnung für Drucksachen mit politischem Inhalt; ebenso wurden «unklug[e] Aeußerung[en] über politische Gegenstände» und Gerüchte über die Alliierten geahndet.<sup>46</sup> Leute, die die Besatzung der Festung Hüningen kontaktierten oder entgegen der Blockade mit Nahrungsmitteln versorgten, sollten vor ein Kriegsgericht gestellt oder sogar erschossen werden.<sup>47</sup>

### **Stadt zur Seuchenzeit**

«Man begieng die Unvorsichtigkeit am Nervenfieber Verstorbnne, mitten in den Kirchen zu begraben so z. B. ward D<sup>r</sup>. Huber zu St Martin gerade beym Altar eingesenckt, und ward der Sarg während der Trauerrede, vor die ganze Versammlung hingepflanzt, mir ward dabey gar nicht wohl zu Muthe, und wäre gerne vor die Thüre gegangen, wenn diß nicht unschicklich gewesen wäre»<sup>48</sup> Emanuel Burckhardt-Sarasins Notiz von 1814 zeigt, dass eine neue, bedrohlichere Herausforderung hinzugekommen war.

Als Anfang Dezember 1813 aus Lille Berichte von einem ansteckenden, von Soldaten eingeschleppten «Pest-Übel» anlangten, wurden zwei Basler Ärzte dorthin geschickt.<sup>49</sup> Über die Ergebnisse ihrer Untersuchung informierte am 23. Dezember ein Rundschreiben die eidgenössischen Kantone. Drei Tage später wurde in Basel der erste Fall eines Knechts bekannt, den die Behörden in eine Unterkunft vor die Stadt verlegten. In den kommenden Wochen verbreitete sich das tödliche Fieber, vermutlich Typhus, rasant in der Stadt und in den Landgemeinden. Die Sterblichkeit

erhöhte sich etwa auf das Zweieinhalb- bis Dreifache; je nach Quelle wird die Zahl der Opfer auf 800 bis 1600 unter der Einwohnerschaft und auf 6000 bis 9000 in den Militärspitälern geschätzt. Erst im Sommer entspannte sich die Lage.

Die Epidemie bedrohte auch die wirtschaftliche Basis des Staates, denn, wie die erste Basler Medizinalordnung (1808) festhielt: «Je größer die Anzahl der gesunden Staatsbürger ist, desto größer muß auch der Wohlstand des Staates seyn.»<sup>50</sup> Entsprechend der ärztlichen Forderung umfasste die obrigkeitliche Sorge für das Gemeinwesen seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert auch medizinische Aspekte. In der Helvetik waren Medizinalbehörden und Kontrolle des Personals zentralistisch aufgebaut worden, nun lag die Medizinalpolizei wieder in der Kompetenz der Kantone. Doch ansteckende Krankheiten machten nicht an der Kantongrenze Halt. Darum gab es seit 1805 Bestrebungen, eine eidgenössische Sanitätskommission zu schaffen, die im Bedarfsfall Massnahmen koordinieren sollte. Die entsprechende Verordnung wurde 1818 von fast allen Kantonen angenommen und 1829 durch die Tagsatzung verabschiedet. Sie hob die präventive Bedeutung einer rechtzeitigen Kommunikation aller relevanten Ereignisse hervor.<sup>51</sup> Wie ausgebildet das Kommunikationsgeflecht zu Beginn des 19. Jahrhunderts war, das Städte, Kantone und Länder verband, belegen die vielen Zirkulare in den Akten auch der Basler Behörden.<sup>52</sup>

Welche Massnahmen ergriffen die Basler Obrigkeiten, zum Teil im Verbund mit den alliierten Militärbehörden, zur Eindämmung der Krankheit? Ende Dezember wurden erste Militärspitäler für Kranke eingerichtet – im Markgräflerhof standen sechshundert Betten bereit, weitere Lokale gab es im Klingental und für Offiziere im «Kleinen Kirschgarten» an der Elisabethenstrasse; zu St. Jakob wurden Vorkehrungen für ein Spital für kranke Bürger getroffen.

Am 18. Januar, fast einen Monat nach dem ersten Fall, wurden Gemeindevorsteher und Bevölkerung instruiert: Krankheitsfälle, Verläufe und Behandlungsmethoden sollten erfasst und die ärztlichen Bemühungen unterstützt werden. Bei Symptomen war sofort ein Arzt aufzusuchen, und Kranke sollten in geräumigen Zimmern isoliert werden. Hygienische Empfehlungen, wie sie von der medizinischen Literatur und in der Presse vermittelt wurden, betrafen Körper und Krankenzimmer; dazu gehörte auch die Lüftung und Räucherung zur Reinigung der Luft. Zur Stärkung der eigenen Immunabwehr wurde das diätetische Gebot des Masshaltens bei der Ernährung, Arbeit und Erholung wiederholt. Auch extreme Gefühle, besonders Ekel und Furcht, galt es zu vermeiden.

In der zweiten Februarwoche 1814 folgte ein weiteres Massnahmenpaket. Erstens gab es neue Isolationslokale. Als der alliierte Platzkommandant vierhundert

**Ansteckende Krankheiten  
machten nicht an  
der Kantonsgrenze Halt**

krank Soldaten in die Zunftlokale mitten in der Stadt verlegen wollte, erzielte die Obrigkeit eine Einigung mit den Besitzern zweier leerstehender Fabrikgebäude vor dem Riehtor, die für Kranke genutzt werden konnten. Etwa gleichzeitig wurde ein Lokal für Bedienstete und wenig bemittelte Einwohner beim Spital am Barfüsserplatz genehmigt, was der Sanitätsrat schon Wochen zuvor beantragt hatte. Wenn sich diese Patienten selbst beim Arzt meldeten, wie es ja die Verordnung ohnehin vorschrieb, wurden die Behandlungskosten übernommen. Damit bot die Epidemie auch die Möglichkeit, für akademisch gebildete Mediziner zu werben und Vorbehalte gegen Ärzte und Spitäler zu mindern – zum Nachteil anderer Heilkundiger, die als Quacksalber bekämpft wurden.<sup>53</sup> Gleichzeitig konnten die finanziellen Anreize sozial schwächere Bevölkerungsgruppen zu einer für sie sonst kaum bezahlbaren Behandlung animieren.

Zweitens wurde Neugierigen der Zutritt zu Militärspitälern und sämtliches Hausieren untersagt; im Unterschied zu früheren Seuchen wurden aber offenbar keine Gesundheitsscheine für die Einreise vorgeschrieben. Natürlich begünstigte die Mobilität eine Verbreitung ansteckender Krankheiten, doch galten nicht-sesshafte Gruppen traditionell als verdächtig und waren häufig Ziel repressiver Massnahmen. Eine Verordnung aus Luzern erliess zur Eindämmung der Epidemie etwa Betteljagden auf Vagabunden und Handwerksgesellen.<sup>54</sup> Die Hausiergesetze wiederum waren eigentliche Judengesetze, da mehrheitlich Juden das Hausiergewerbe ausübten. Im Basler Hausierverbot zwar nicht genannt, so steht in einem sanitätsrätlichen Gutachten vom 8. Februar doch explizit, die Juden würden durch ihr Hausieren «so zu sagen das Gift von Haus zu Haus tragen».<sup>55</sup> Auch das jüdische Gasthaus an der Hutgasse wurde dauerhaft geschlossen, als mehrere Personen erkrankten und der Wirt Leopold Levi starb. Dagegen blieben andere Gasthäuser und der Basler Markt zur Sicherung der Ernährung offen. Die Vermutung liegt nahe, dass die Epidemie eine bequeme Möglichkeit bot, jüdische Handelstätigkeit und Selbstständigkeit im Gastgewerbe zu unterbinden.<sup>56</sup>

Drittens wurde das Bestattungswesen angepasst: Neben separaten Lokalen zur Aufbewahrung von Fiebertoten bis zu deren Beerdigung wurden nun Bestattungen in Kirchen und Klöstern verboten, wo bisher Mitglieder angesehener Familien ihre letzte Ruhe gefunden hatten. Die Verlegung von Begräbnisstätten vor die Stadtmauern, wie sie der Dekan der medizinischen Fakultät nach deutschem Vorbild im April 1814 forderte, war dagegen undenkbar. Gleichzeitig führte jedoch die Überfüllung des Kirchhofs bei der Martinskirche dazu, dass ein neuer Begräbnisplatz für die ganze Münster-Kirchgemeinde im Elisabethenquartier bei

der Stadtmauer projiziert wurde. Seine Eröffnung 1817 leitete den Prozess der Auslagerung und Zentralisierung von Begräbnisplätzen ein, der mit dem Friedhof am Hörnli (1932) seinen Abschluss fand.<sup>57</sup>

Die Epidemie weist auf verschiedene Probleme der obrigkeitlichen Bewältigung hin: Geeignete Krankenlokale mussten erst aufgebaut werden, und die Einquartierung, die nur mithilfe von Privaten gelingen konnte, erschwerte die Isolation. Viele Ärzte und Pfleger starben und konnten meist nicht so rasch ersetzt werden. Für gefährliche Arbeiten griff man folglich auf sozial schwächere Glieder der Gesellschaft zurück: Kinder aus dem Waisenhaus übernahmen Botendienste im Spital; als Krankenpfleger fungierten Genesene aus dem Bedienstetenspital<sup>58</sup> und Randständige, die Kloaken reinigten und andere traditionell als «unehrenhaft» eingestufte Arbeiten verrichteten.

Auffällig ist das zögerliche Vorgehen: So wurden zum Beispiel im Kanton Aargau ähnliche Massnahmen angeordnet wie in Basel am 18. Januar 1814, aber schon acht Tage früher.<sup>59</sup> Emanuel Burckhardt-Sarasin kritisierte denn auch, die Obrigkeit gefährde die Gesundheit der Bevölkerung, indem sie die Krankheit zu

## Witwenschicksale

Kantonsarzt Johann Georg Stückelberger starb am Fieber, und seine Familie erhielt aufgrund seines Einsatzes für das Gemeinwesen finanzielle Zuwendungen der Obrigkeit.<sup>60</sup> Für viele andere Familien stellte der Tod des Vaters dagegen ein Armutsrisiko dar, besonders für Angehörige einer Randgruppe. Esther Bernheim, die Witwe des jüdischen Wirts Levi, versuchte ihren Lebensunterhalt zu sichern, indem sie mehrmals die Aufhebung des Wirteverbots erwirken wollte. Doch nicht einmal ein ärztliches Gesundheitszeugnis half – später wurde sie mit ihren Kindern ausgewiesen.<sup>61</sup>

Ein schweres Los ereilte auch die Schlosserfamilie Engler: Fast die ganze Familie war so schwer erkrankt, dass man sich untereinander kaum helfen konnte. Andere Leute mieden den Kontakt mit ihr und schliesslich verlor sie mit dem Tod des Vaters die Erwerbsgrundlage.

Zumindest schrieb dies die Witwe Maria Catharina Engler in einer Anzeige, in der sie die prekäre Lage im Alltag schilderte. Mit der Annonce im «Avis-Blatt» (eigentlich: «Wöchentliche Nachrichten aus dem Bericht-Haus zu Basel») vom 14. Juli 1814 an die Kundschaft ihres Mannes erhoffte sie sich neue Aufträge: Sie führe den Betrieb mit guten Arbeitern weiter. Im Inserat bestätigte die Witwe Engler auch ihren Glauben und bezog sich auf die gängige religiöse Deutung. Die Krankheit und ihre Genesung sei eine göttliche Fügung. Doch auch ihren Schmerz drückte die Witwe aus: Erst Tage nach der Beerdigung habe sie vom Tod ihres Mannes erfahren, sie konnte also weder an seinem Sterbebett ausharren noch an der Beerdigung Abschied nehmen. Die aussergewöhnliche Lage nahm vielen Betroffenen die Praktiken und Rituale zur emotionalen Bewältigung der Trauer.

lange in der Stadt dulde und nicht für einen würdigen und raschen Transport der Leichen zum Begräbnisplatz Sorge. Damit stellte er letztlich auch die politische Legitimation der Obrigkeit infrage.<sup>62</sup> Da Burckhardts Vater am Fieber starb, könnte diese Schuldzuweisung auch emotional entlastend gewirkt haben. Zur Bewältigung schwermütiger Gedanken 1813/14 dienten ihm wohl das Schreiben und sein Glaube, der sich in Form von Gebeten in den Aufzeichnungen äussert. Diese Gebete standen in einer frühneuzeitlichen Deutungstradition, wie sie stets in Krisenzeiten und auch in zeitgenössischen Predigten formuliert wurde: Jegliche Not sei von Gott beabsichtigt und diene der Besserung der Gläubigen. Einerseits Instrumente christlicher Disziplinierung, boten Gebete den Gläubigen andererseits die Möglichkeit zum Handeln und liessen auf günstige Wirkungen hoffen. Dies gilt besonders für die Praxis kollektiver Kirchengebete. Auch 1814 in Basel betete man gemeinsam zur Seuchenabwehr.<sup>63</sup>

### **Hungrige Stadt**

Kurz nach 1810 setzte eine mehrjährige Phase kühler Witterung ein, die sich durch den Ausbruch des Vulkans Tambora in Indonesien 1815 intensivierte und 1816 überregional zu drastischen Ernteausfällen führte. 1816/17 gingen als Hunger- und Teuerungsjahre in die Geschichte ein; aus der Ostschweiz, wo sich die Sterblichkeit erhöhte, kam die Kunde, Menschen würden auf tabuisierte Ersatznahrung wie Pferdefleisch und Gras zurückgreifen. Auch in Basel und der umliegenden Landschaft herrschte eine massive Teuerung heimischer Produkte. Seit Aufhebung der Kontinentalsperre 1813 wurden diese zudem durch billigere englische Waren konkurriert, was die Krise der ohnehin geschwächten Wirtschaft weiter verschärfte. Der Absatzverlust bewirkte Beschäftigungseinbrüche im Handwerks- und Manufaktursektor, diese führten zu einer Verringerung der Kaufkraft, auch bei mittleren Schichten, und so zu noch geringerer Nachfrage und Absatz. Die Preise für Getreide und Brot hatten in Basel ihren Höchststand im zweiten Drittel des Jahres 1817 erreicht und sich im Vergleich zum Ausgangswert fast verdreifacht.<sup>64</sup> Ein Buchdruckergeselle gab für seine Familie etwa 46 statt 21 Prozent seines Einkommens aus.<sup>65</sup>

Relativ spät, im Herbst 1816, reagierte die Basler Obrigkeit mit traditionellen protektionistischen Instrumenten der Marktregulierung, die seit der Teuerung 1770/71 durch liberale Wirtschafts- und Staatskonzepte wie die Physiokratie allerdings infrage gestellt wurden. Zur Sicherung der Aussaat im folgenden Jahr wurden alle Saatkartoffeln eingezogen und Getreide angekauft. Dies war besonders



↑ 29 Erinnerungsmedaille auf die Hungerkrise, Nürnberg 1816/17. | ← 30 Basler Zweibatzten-Brötchen («Hungerbrötchen») aus dem Hungerjahr 1817. — Erinnerungsojekte forderten zur Dankbarkeit dafür auf, dass die Hungerkrise überstanden war. Zur Erinnerungsmedaille gehören acht Papiere, die die verheerende Witterung und den Brotmangel ebenso beschreiben wie die Freude und Dankbarkeit über eine reiche Ernte. Im Etuideckel ist eine Tabelle mit den höchsten Basler Marktpreisen für verschiedene Waren im Zeitraum 1816/17 eingeklebt. Auch «Hungerbrötchen» dienten als Erinnerungsojekte und veranschaulichten durch ihre geringe Größe den Preisanstieg von Getreide.

wichtig, da das eigene Gebiet den städtischen Markt nur ungenügend versorgen konnte und man seit je auf den Import von Korn aus dem Elsass und Südbaden angewiesen war. Hinzu kamen Ausfuhr- und Wucherverbote. Weitere Krisenmassnahmen schienen der Obrigkeit mit der Ausfuhrsperre von Getreide aus dem Grossherzogtum Baden im Dezember 1816 unumgänglich. Die neu eingerichtete Armenaufsichtskommission sollte die Krisenmassnahmen koordinieren und nahm zu diesem Zweck im Januar 1817 alle Nahrungsmittelbestände im Kantonsgebiet auf. Für die gerechte und rasche Lebensmittelverteilung vor Ort wurden spezielle Kommissionen eingesetzt und die Pfarrer zur Berichterstattung verpflichtet. In den Bezirken Waldenburg und Sissach war die Unterstützung mit Arbeitsmassnahmen im Strassenbau verbunden. In Basel selbst unterschieden sich Qualität und Preis der abgegebenen Lebensmittel nach Rechtsstatus und Bedürftigkeit der Bezüger: Günstigeres Brot bestand nur zur Hälfte aus Weizen, und Stadtbürger konnten besseren Weizen kaufen als andere [30].

Ein Instrument zur Armenspeisung waren die Suppenanstalten, die teils kantonal finanziert waren, teils auf private Initiativen wie die 1777 gegründete Gesellschaft für das Gute und Gemeinnütze (GGG) zurückgingen.<sup>66</sup> Die GGG war wie andere private Initiativen unter dem Eindruck der Notjahre 1770/71 entstanden und brachte weitere Sozietäten hervor, zum Beispiel 1795 die Ökonomische Gesellschaft zur Stärkung landwirtschaftlicher Reformen.<sup>67</sup> Insbesondere widmete sich die GGG auch ärmeren Einwohnern ohne Basler Bürgerrecht, die nicht von der städtischen Armenfürsorge unterstützt wurden. Ihnen bot die GGG Arbeit in Manufakturen an oder liess Kranken medizinische Versorgung, Lebensmittel, Kleidung und Brennholz zukommen. In der Krisenzeit 1817 erweiterte die Krankenkommission (gegründet 1783) ihr Wirkungsfeld und gab verbilligtes Brot auch an gesunde Bedürftige ab.<sup>68</sup> Insgesamt war die private Wohltätigkeit weitreichend und umfasste auf obrigkeitliches Gesuch hin auch Spenden für die staatliche Krisenintervention.

Gerade die Arbeitsmassnahmen zeigen, dass die Unterstützung an einen christlich-bürgerlichen Lebenswandel gebunden war. Eine Kommission aus Behördenmitgliedern und Mitgliedern der GGG riet nach überstandener Krise 1817, das Armenwesen mit einer restriktiven Aufenthaltspolitik für fremde bettelnde Arme zu verbinden. Damit bewegte sie sich in einer alten Denktradition, die <würdige> und <unwürdige> Armut unterschied.<sup>69</sup> Demgemäss musste sich die christliche Gemeinschaft der <würdigen>, da unverschuldeten und etwa auf eine körperliche Versehrung zurückgehenden Armut fürsorgerisch annehmen. Diese Vorstellung sollte – wenn auch in anderer Begrifflichkeit – noch lange fortbestehen.

## Die soziale Dimension von Krisen

Hungerkrisen boten immer auch Potenzial für politische Konflikte, so lässt sich etwa 1817 eine Konkurrenz um staatliche Hilfsbeiträge unter den Landgemeinden nachweisen.<sup>70</sup> Dass obrigkeitliche Publikationen die Sorge des Staats für das Wohl der Bevölkerung und den Anteil der privaten Wohlfahrt hervorhoben, entsprach durchaus dem frühneuzeitlichen Massnahmenkanon<sup>71</sup> und war ein Mittel zur Prävention sozialer Revolten. Dies zeigt sich auch im obrigkeitlichen und pastoralen Aufruf zu Spenden und einer demütig-geduldigen Haltung, der eine doppelte Stossrichtung besass. Er diene der Pazifizierung und Disziplinierung wohlhabender wie ärmerer Schichten gemäss den Normen eines christlich-bürgerlichen Lebenswandels.<sup>72</sup> Letztlich garantierten die Wohltätigkeit der Reichen und die Dankbarkeit der Armen auch die Fortexistenz einer ungleichen Güterverteilung [29].

Grosse soziale Sprengkraft ging in den Augen der Obrigkeiten von der baltischen Adligen und Missionarin Juliane von Krüdener aus, die 1815/16 auch in Basel und später am Grenzacher Horn viel Publikum anzog [79].<sup>73</sup> Sie verteilte Kleider und Suppe und propagierte in ihren teils gedruckten Reden eine egalitäre Gesellschaftsform. Die Leidensdichte der letzten Jahre wertete sie als Anzeichen der bevorstehenden Apokalypse und empfahl ihren Anhängerinnen und Anhängern eine intensive Krisenfrömmigkeit. Dazu gehörten etwa stundenlange Gebete auf Knien, wie Nikolaus von Brunn, Befürworter der Erweckungstheologie und Pfarrer in der Martinskirche, in seinem Tagebuch notierte. Obschon seine Theologie ebenfalls von endzeitlichen Vorstellungen durchsetzt war, stand er von Krüdener skeptisch gegenüber. Weil ihre Publizität zu «allerley Unordnungen» geführt habe, sei sie aus Basel ausgewiesen worden.<sup>74</sup> Die Wiederherstellung der Ordnung in der Krise als Aufgabe der Obrigkeit diene so auch ihrer Legitimation.<sup>75</sup> Johann Jakob Faesch, der Pfarrer in der Theodorskirche war und eine aufgeklärte Theologie vertrat, wandte sich in seinen Predigten im Januar 1816 und Mai 1817 ebenfalls gegen von Krüdener. Diese bot Gläubigen mit ihrem frommen Mystizismus eine Alternative zu den Lehren der Staatskirche und brachte sie gegen Wohlhabende und die Obrigkeit auf. Faesch empfahl sich besonders den Armen als Seelsorger und warnte vor einer von Krüdener angepriesenen Auswanderung.<sup>76</sup>

Von der Auswanderung nach Amerika erhofften sich viele einen Ausweg aus der prekären Lage. Da sie jedoch häufig zu wenig Reisegeld hatten und verarmt zurückkehrten, mussten Auswanderungswillige dem Rat ab Mai 1817 ein höheres Reisegeld als bisher vorweisen, damit ihr Vorhaben genehmigt wurde.<sup>77</sup> Etwa gleichzeitig wurde das Verkaufsverbot für Semmeln und Butterbrote erneuert und

ein sonntägliches Tanzverbot erlassen, das der Kirchenrat schon lange vergeblich gefordert hatte. Diese Massnahmen konnten als Mittel gegen soziale Konflikte oder für die Verringerung von Luxusausgaben eingesetzt werden.<sup>78</sup> Der Rat entsprach damit aber auch einer Forderung Faeschs, der wegen kritischer Äusserungen anlässlich der Teuerung 1816 vor den Rat zitiert worden war. Gemäss Johannes Otteney (vgl. S. 86) hatte Faesch gepredigt, dass Gott zunächst die Obrigkeit eines Landes mit «Blindheit» strafe und sich diese nicht für das allgemeine Wohl einsetze, sondern für sinnliche Vergnügungen, «wodurch der Staats Körper, wo nicht zerrüttet, doch manche drückende Noth – erleyden müßte – – –!»<sup>79</sup>

Trotz alledem gab es in Basel von 1814 bis 1817 keine sozialen Unruhen im Zuge von Seuchen oder Teuerungswellen.<sup>80</sup> Dies gilt auch für die Versorgungskrise von 1845 bis 1847 als Folge von Kartoffelmissernten wegen eines Pilzbefalls. Sie führte europaweit zu verstärkter Auswanderung und vielerorts zu Nahrungsprotesten, in denen das traditionelle Stereotyp vom unmoralischen Kornwucherer aktiviert wurde.<sup>81</sup> Ein Blick in den Jahrgang 1847 der oppositionellen «Schweizerischen National-Zeitung»<sup>82</sup> in Basel legt die Instrumentalisierung der Krise im Vor-

**Hungerkrisen boten  
immer auch Potenzial  
für politische Konflikte**

feld des Sonderbundskriegs offen. So verband ein Leserbrief die Befürwortung staatlich geförderter Auswanderung und Vergrösserung landwirtschaftlicher Nutzflächen mit einer anti-jesuitischen Position. Eine andere Stellungnahme führte die geringe Konkurrenz im Kornhaus (und somit die hohen Preise) unter anderem auf die Furcht der Basler Händler vor dem Vorwurf des Kornwuchers zurück. Der Staat teilte Suppen an alle Armen aus, die nicht auf der Gasse bettelten, und während der Fasnacht wurden private Sammlungen veranstaltet.<sup>83</sup> Zur Basler Krisenbewältigung gehörten schon lange die Sozialdisziplinierung von Armen und die private Wohltätigkeit, die sich nicht nur in Teuerungszeiten manifestierte. Sie deutet auf das «liberale Wohlfahrtsmodell» und dessen Befürwortung durch das Stadtbürgertum hin, das dem Staat eher eine passive Rolle zuwies. Eine sozialreformerische Armutspolitik oder innovative Krisenmassnahmen waren so nicht notwendig.<sup>84</sup> Erst unter dem Druck der Cholera von 1855 und der Verarmung grösserer Bevölkerungsteile in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kündigte sich langsam ein Wandel an. Die Konfrontation mit der Cholera schob eine städtebauliche Modernisierung (Entfestigung, Kanalisation, Abfallentsorgung) an und brachte stärker soziale Ursachen ins Bewusstsein. Jedoch stand auch hier der Lebenswandel der Verarmten, der «pauperisierten» Schichten, im Fokus, da er nicht dem sittlich-bürgerlichen Ideal entsprach.<sup>85</sup>

# Eine ungeliebte Epoche

Stefan Hess

«Höhere und freundschaftliche Winke befehlen uns, diese Darstellung der Hauptmomente der Geschichte Basels, bey dieser folgenreichen Epoche der Französischen Revolution zu beendigen. Ehrerbietigst gehorchen wir diesem wohlgemeinten Ansinnen ...»<sup>86</sup> Mit diesen Worten beendet Markus Lutz seine 1809 veröffentlichte *Chronik von Basel oder die Hauptmomente der Baslerischen Geschichte*. Zwar bestand damals kein offizielles Redeverbot, doch lief man offenkundig Gefahr, Anstoss zu erregen, wenn man sich über Vorgänge in den beiden letzten zurückliegenden Jahrzehnten äusserte. In den folgenden Jahren wurde die Tabuisierung der Zeitgeschichte etwas gelockert. So wagte es 1814 derselbe mit den liberalen Kräften sympathisierende Landpfarrer, in einem Führer durch Basel einen kurz gehaltenen historischen Abriss abzdrukken, der bis ins Erscheinungsjahr reichte.<sup>87</sup> Eine publizistische oder gar historiografische Auseinandersetzung mit der Helvetik samt ihrer Vorgeschichte und ihren Auswirkungen unterblieb aber weiterhin, ja es bestand eine auffallende Scheu, sich näher mit dieser Epoche zu befassen. Am ehesten geschah dies noch in Nachrufen und sonstigen Lebensbildern. Bei Politikern, die während der Basler Revolution und in der Helvetik eine bedeutsame Rolle gespielt hatten, wiesen die Leichenreden allerdings meist nur beiläufig darauf hin oder gingen sogar ganz darüber hinweg. Besonders augenfällig war dies an der Abdankung von Peter Ochs: Pfarrer Niklaus von Brunn verlas zwar im Gottesdienst einen Lebenslauf, der den vom Verstorbenen selbst verfassten *Notices biographiques* über weite Strecken folgte, liess aber Ochs' detaillierte Ausführungen zum eigenen politischen Wirken weg. Stattdessen sprach von Brunn nur beiläufig von «den wichtigen Aemtern, [...] deren Herzählung, wir um Euere Aufmerksamkeit, verehrteste Zuhörer, nicht zu ermüden, übergehen wollen».<sup>88</sup>

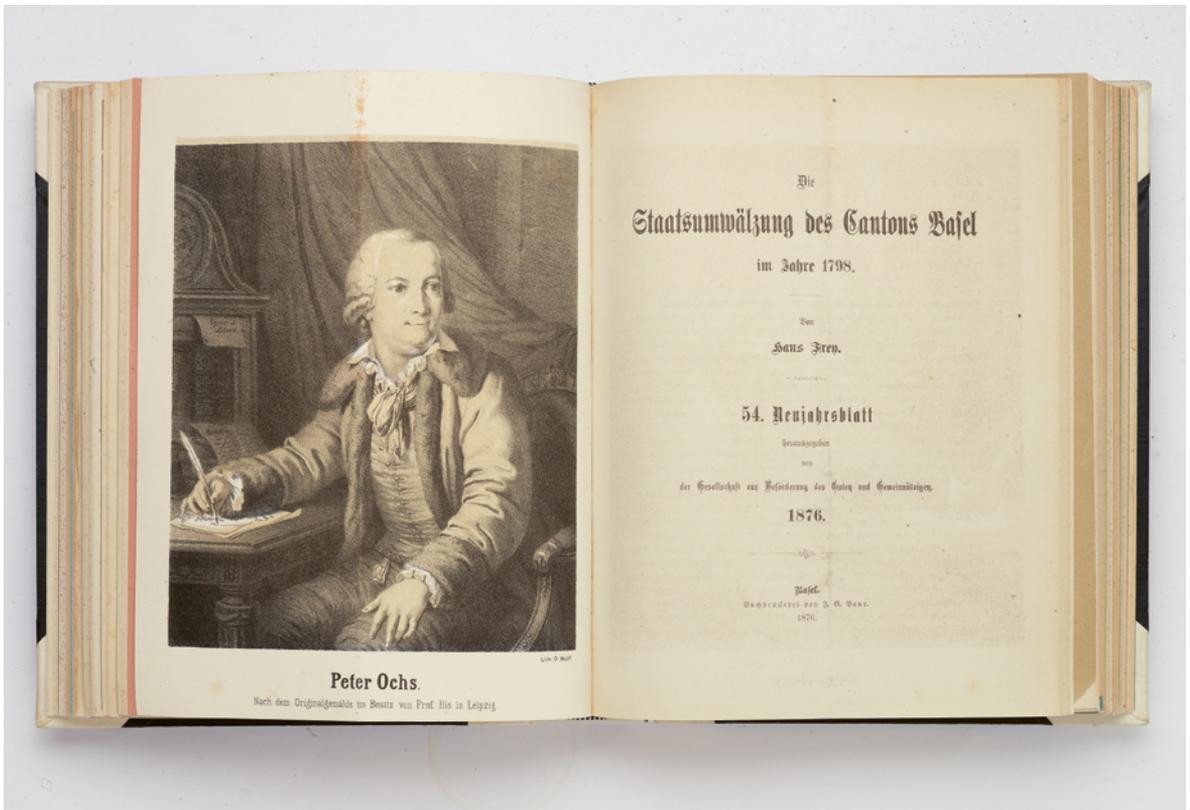
Ein Jahr später wurde jedoch das weitgehende Stillschweigen durchbrochen: Damals erschien trotz der 1803 wieder eingeführten Zensur<sup>89</sup> der abschliessende achte Band von Ochs' *Geschichte der Stadt und Landschaft Basel*, der zeitlich bis zur Ausrufung der Helvetischen Republik im April 1798 reicht und auf 130 Seiten die vorangehende Basler Revolution und das Wirken der Basler *Nationalversammlung* behandelt.<sup>90</sup> Obwohl Ochs' historiografisches Werk in Basel insgesamt stark rezipiert wurde und jahrzehntelang als die massgebliche Gesamt-

darstellung zur Basler Geschichte galt, fand am Rheinknie keine Auseinandersetzung mit der darin enthaltenen Darstellung der Vorgänge nach 1789 statt, ja, diese blieben in der wachsenden historiografischen Literatur Basels weitgehend ausgespart. Die Trennungswirren von 1830 bis 1833, die mit einer Bittschrift für eine Verfassungsrevision im Sinne der Gleichheitsurkunde von 1798 ihren Anfang genommen hatten, führten dazu, dass sich in Basel der Unwille massgeblicher städtischer Kreise über die Basler Revolution und die Helvetik sogar noch verstärkte.

Beispielhaft für das Geschichtsverständnis in Basel um die Mitte des 19. Jahrhunderts ist die Planvedute, die der Grafiker und Verleger Johann Friedrich Mähly 1847 herausgab [70] und die durch die Entgegennahme des Original-Aquarells und die Entschädigung des Künstlers durch die Stadt einen zumindest offiziellen Charakter erhielt:<sup>91</sup> Sowohl die vier Eckporträts von historischen Persönlichkeiten als auch drei der vier historischen Daten betreffen das Mittelalter und die Frühe Neuzeit. Aus der jüngeren Vergangenheit ist einzig die Kantonstrennung 1832/33 berücksichtigt.

Eine intensive Beschäftigung mit diesem Zeitabschnitt und dem als politischen Akteur totgeschwiegenen Peter Ochs fand erst im Zuge der Verfassungsrevision von 1875 und dem Sieg der Freisinnigen in den anschliessenden Wahlen statt. Aufgrund des politischen Umbruchs beschloss die Neujahrsblattkommission der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG) kurzfristig, den Lehrer Hans Frey mit einer Abhandlung über die Basler Revolution von 1798 zu beauftragen [31].<sup>92</sup> Frey stützte sich über weite Strecken auf Ochs' Darstellung, räumte aber auch dessen Kindheit und Jugend sowie der politischen Laufbahn bis 1797 breiten Raum ein.<sup>93</sup> Ochs' Rolle beim politischen Umbruch im Januar 1798 wird ausführlich geschildert und vorbehaltlos positiv bewertet. Das Neujahrsblatt von 1876 stiess auf ausserordentlich lebhaftes Interesse und wurde zum grössten Verkaufserfolg in der bisherigen Geschichte dieses seit 1821 jährlich erscheinenden Periodikums. Wenig überraschend wurde an der nächsten Kommissionssitzung «der allgemeine Wunsch auf eine Fortsetzung» laut, mit welcher der gleiche Autor betraut wurde.<sup>94</sup> Frey entwarf diesmal ein insgesamt negatives Bild von der Helvetik, die er als eine «der trübsten und drangvollsten Perioden in der vaterländischen Geschichte»<sup>95</sup> bezeichnete. Ungünstig fiel auch sein Urteil über Peter Ochs aus, dem er nun unter anderem Ehrgeiz und Eitelkeit vorwarf.

Diese unterschiedliche Bewertung lag vor allem darin begründet, dass die Helvetik in der gesamtschweizerischen Historiografie bereits mannigfach behandelt worden war und sich bestimmte Wahrnehmungsmuster herauskristallisiert hatten. Eine wichtige Rolle spielten dabei die freisinnigen Historiker: Einerseits



**31 Titelblatt des «Neujahrsblatts für Basels Jugend» auf das Jahr 1876 mit einem Porträt von Peter Ochs, Lithografie von G. Wolf, 1876.** — Die abgebildete Ausgabe des Neujahrsblatts enthält nach über fünfzig Jahren zum ersten Mal wieder eine ausführliche Schilderung der «Basler Revolution» von 1798. Die Vorlage zur Lithografie stammte von Johann August Nahl d. J. Sie entstand während einer Mission des

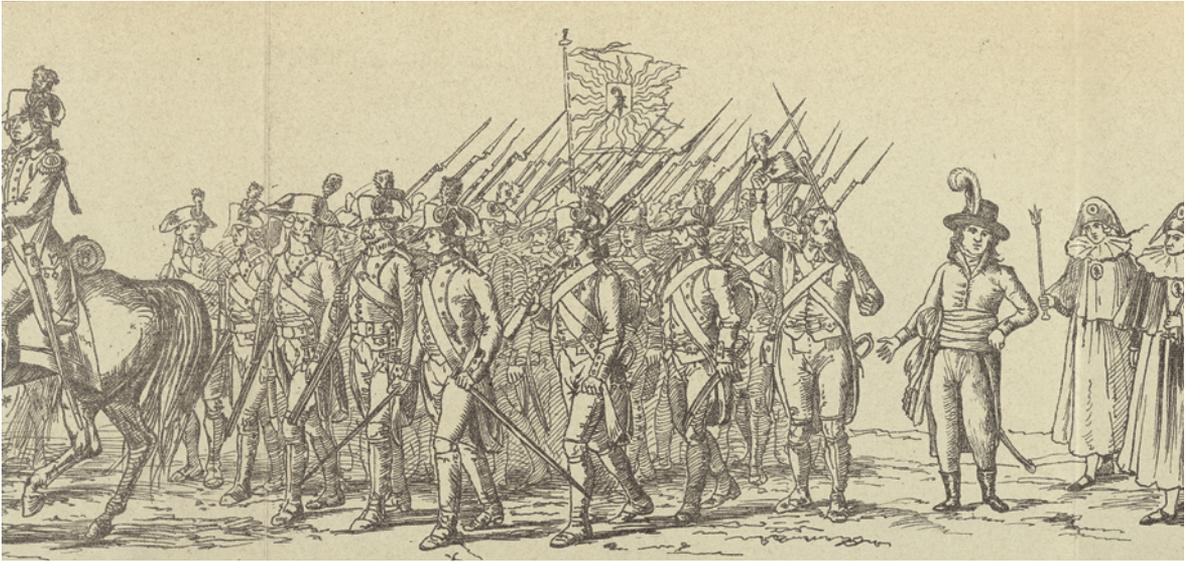
Stadtschreibers Ochs im revolutionären Paris im Herbst 1791. Der Zettel am Pult verdeutlicht Ochs' politische Einstellung: «Egalité et Liberté». Andere Elemente von Nahls Original wie die Büste von Benjamin Franklin oder die ersten drei Bände von Ochs' Basler Geschichte fehlen oder sind nicht zu erkennen (vgl. auch Stadt.Geschichte.Basel, Bd. 4, Abb. 117, S. 310).

teilten sie viele der Leitideen der Helvetik, andererseits mussten sie anerkennen, dass dieser Zeitraum im kollektiven Gedächtnis überwiegend negativ konnotiert war und folglich wenig Identifikationspotenzial bot. Den daraus resultierenden Zwiespalt versuchten sie aufzulösen, indem sie mit einzelnen Exponenten der Helvetik hart ins Gericht gingen und ihnen die Hauptschuld an deren negativen Begleiterscheinungen zuwiesen. Dies betraf Peter Ochs in besonderem Masse, da er im Unterschied zu anderen angegriffenen Protagonisten besagter Epoche bis dahin keine Fürsprecher aus dem Heimatkanton gefunden hatte.<sup>96</sup>

Die Basler Freisinnigen bemühten sich jedoch in der Folge um eine Neubewertung der Vorgeschichte der Helvetik. Am 20. Mai 1897 reichte daher der Historiker Albert Burckhardt-Finsler im Grossen Rat einen Anzug ein, in dem er die Regierung darum ersuchte, «zu prüfen ob und wenn ja, in welcher Weise das hundertjährige Jubiläum der historischen Tage vom 20. und 22. Januar 1798 in Verbindung mit dem Kanton Basel-Landschaft gefeiert werden solle».<sup>97</sup> Angesichts des unerschwelligen Widerstands der Liberal-Konservativen (vgl. S. 120–121) liess es die Regierung aber bei Wenigem bewenden: einer nicht-öffentlichen Festrede des Geschichtsprofessors Adolf Baumgartner, die vor allem die negativen Auswirkungen der Französischen Revolution auf die Schweiz herausstrich, einer nur während zehn Tagen gezeigten kleinen Ausstellung im Historischen Museum und der Herausgabe einer eher bescheidenen Aktensammlung<sup>98</sup>. Die damals noch freisinnigen «Basler Nachrichten» erlaubten sich daher die süffisante Bemerkung, «daß es unserer Regierung trefflich gelungen ist, diese historischen Tage dem Volke so wenig als möglich in Erinnerung zu bringen».<sup>99</sup>

Das Interesse an der Basler Revolution und an der Helvetik flaute aber nach dem Zentenarium nicht ab. Vielmehr zeichnete sich in historisch interessierten Kreisen ein wissenschaftlich begründetes Bestreben ab, sich diese Epoche durch Quellenstudium neu anzueignen. Eine entscheidende Rolle für die Neubeurteilung der Vorgänge in Basel und insbesondere der Rolle von Peter Ochs spielte das sich von 1905 bis 1937 hinziehende Projekt der Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz, den gesamten Briefwechsel von Peter Ochs zu sammeln und herauszugeben.<sup>100</sup> Damit ging in Basel eine positivere Beurteilung der Helvetik und ihrer wichtigsten Protagonisten einher, was sich auch in der Benennung zweier neu angelegter Strassen nach Peter Ochs (1922) und Lukas Legrand (1925) äusserte.<sup>101</sup> Dem Erstgenannten wurde jedoch, wie die vorangehende Korrespondenz zeigt, diese Ehre nicht als Politiker, sondern bloss als Geschichtsschreiber zuteil.<sup>102</sup>

Diese Aufwertung war aber nur von kurzer Dauer: Unter dem Eindruck der Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland stellten ab den späten 1930er-Jahren verschiedene Autoren eine Analogie zur Situation von 1798 her.<sup>103</sup> In Basel verglich etwa die «National-Zeitung» im Oktober 1940 Peter Ochs mit den Schweizer Frontisten<sup>104</sup> und im Oktober 1945 gar mit dem «Inbegriff aller Landesverräter»<sup>105</sup>, dem norwegischen Faschisten Vidkun Quisling. Auch nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs bewegte sich die Auseinandersetzung mit Peter Ochs und der Helvetik innerhalb weitgehend verfestigter Deutungskategorien, während quellenbasierte Forschungsarbeiten für Jahrzehnte ausblieben. Einzige Ausnahme



**32 Zugsformation «Revolution 1798 vereinigte Spahlemer» an der Basler Fasnacht, anonyme Lithografie (Detail), 1898.** — Die Clique inszenierte einen historisch aufwendig rekonstruierten Zug, der den Ausbruch der Basler Revolution 1798 zum Thema hatte. In diesem Ausschnitt ist neben anderen Figuren auch «Zunftmeister Ochs» in der helvetischen Amtstracht zu sehen. Die Formation folgte der bildlichen Überlieferung von 1798 und zeigte auch den Freiheitsbaum des Münsterplatzes mit dem Freiheitshut daran.

bildet die 1952 publizierte Dissertation von Andreas Staehelin mit dem Titel «Peter Ochs als Historiker», die aber hinsichtlich Charakterisierung und historischer Einordnung dieser Schlüsselfigur die gängigen negativen Stereotypen wiederholte.<sup>106</sup>

Im Herbst 1989 gründete der Historiker und Publizist Markus Kutter mit Gleichgesinnten im Hinblick auf das 200-Jahr-Jubiläum der Basler Revolution die «Peter Ochs Gesellschaft».<sup>107</sup> Gemäss ihren Statuten bezweckte sie «die Förderung der wissenschaftlichen und publizistischen Beschäftigung mit der Person, dem Werk und der Zeit von Peter Ochs».<sup>108</sup> Das mittels einer breit angelegten Medienkampagne verfolgte Hauptziel bestand darin, die Helvetik und insbesondere ihren Vorkämpfer Peter Ochs vollumfänglich zu rehabilitieren. Die Vereinigung lancierte in den folgenden Jahren eine Reihe von Publikationen und Quelleneditionen und regte die Neuerschliessung des Ochs'schen Nachlasses im Staatsarchiv Basel-Stadt an. Zudem erreichte Kutter im Grosse Rat, dass die Regierung am

20. Januar 1998 zum 200. Jahrestag der Basler Revolution einen öffentlichen Staatsakt in der Martinskirche durchführte.<sup>109</sup> Zu diesem Anlass wurde wie zweihundert Jahre zuvor auf dem Münsterplatz ein ‚Freiheitsbaum‘ errichtet. Am folgenden Tag öffnete im Museum der Kulturen die Ausstellung ‚Vive la République Helvétique!‘ ihre Tore.<sup>110</sup> 1999 Jahr löste sich die Peter Ochs Gesellschaft auf, weil sie ihren selbstgestellten Auftrag als weitgehend erfüllt betrachtete.

Bereits vor dem Jubiläum zeichnete sich in der Basler Historiografie in der Darstellung der Helvetik eine auffallende Versachlichung ab. Markus Kutter war sich jedoch bewusst, dass das «breite Publikum [...] durch ein Jubiläum in seinem Geschichtsbewusstsein kaum schlagartig verändert» wird.<sup>111</sup> Tatsächlich besteht auch im politischen Diskurs angesichts von Deutungsmustern, die sich über mehrere Generationen hinweg verfestigt haben, bis heute die Neigung, die Helvetik und namentlich Peter Ochs als negative Zerrbilder zu instrumentalisieren. So griff ein Basler Anwalt, angeregt durch eine kleine Ausstellung zu Peter Ochs zu dessen 200. Todestag, am 7. September 2021 in einem Gastbeitrag in der ‚Basler Zeitung‘ den Verrätertopos wieder auf und übertrug ihn auf eine aktuelle politische Frage: «Hat uns Peter Ochs nun verraten oder befreit? Beziehungsweise sind nun die Befürworter einer Annäherung an die EU bis hin zu einem Vollbeitritt, wie gerade neustens sehr explizit die SP Schweiz, Verräter oder Befreier?»<sup>112</sup>

## Anmerkungen

- 1 UB Basel, UBH NL 128 B.1.1, S. 88; dazu: Burckhardt-Sarasin 1953b.
- 2 Generell zu Krisenwahrnehmung: Suter 2016, S. 129. Iseli 2016, S. 155–156. Lottes 2016, S. 110.
- 3 UB Basel, UBH NL 128 A.4.2, S. 199–200.
- 4 Gesetze 15, S. 383–387.
- 5 Riklin 2010.
- 6 StABS, PA 633c C 5.1 fasc. 02, S. 12–13. UB Basel, UBH NL 128 A.4.2, o. S. (nach S. 199–200) und S. 221. Burckhardt-Burckhardt 1896, S. 367–369.
- 7 Akten 1814, Zitat aus: Nr. 173, S. 2. Vischer 1905, S. 47–48.
- 8 Haus-Chronik, zitiert in: Burckhardt-Finsler 1898, S. 46. Original: UB Basel, UBH AG III 10, S. 24r.
- 9 Wöchentliche Nachrichten 1813, S. 396 und 409.
- 10 Wöchentliche Nachrichten 1813, S. 401; auch ebd., S. 399–400, 402–403 und 406.
- 11 Burckhardt-Burckhardt 1896, S. 370.
- 12 Gemeinnützige Schweizerische Nachrichten 1813, S. 618.
- 13 UB Basel, UBH AG III 9/10.
- 14 StABS, Protokolle: Kleiner Rat 183, fol. 13r, 15v, 29v, 31r, 132v und 150r. Gemeinnützige Schweizerische Nachrichten 1814, S. 2, 5 und 153–154. Burckhardt-Finsler 1898, S. 53 und 67–74.
- 15 Gemeinnützige Schweizerische Nachrichten 1814, S. 78, 85–86, 253–254, 258, 289–290, 499 und 528. StABS, Protokolle: Kleiner Rat 183, fol. 132v und 150r.
- 16 Wunder 2013, S. 72–79 und 222.
- 17 Meyer 1995, S. 153–155.
- 18 Thamer 2013, S. 78–86 und 114–115.
- 19 UB Basel, UBH VB Mscr P 34, S. 87. Zihlmann-Märki 2010, S. 225–233, vor allem 232–233.
- 20 UB Basel, UBH NL 128 A.4.2, S. 233 (Zitate), und B.1.1, S. 115. Burckhardt-Finsler 1898, S. 86–87.
- 21 Burckhardt-Burckhardt 1896, S. 368.
- 22 Gemeinnützige Schweizerische Nachrichten 1813, S. 610 und 613.
- 23 UB Basel, UBH NL 128 B.1.1, S. 276bis.
- 24 UB Basel, UBH NL 128 A.4.2, S. 214; auch: S. 214–218, und die positive Anekdote in ebd., B.1.1, S. 276.
- 25 Burckhardt-Burckhardt 1896, S. 367.
- 26 Burckhardt-Finsler 1898, S. 48–55. Zihlmann-Märki 2010, S. 223.
- 27 UB Basel, UBH NL 128 A.4.2, S. 227.
- 28 UB Basel, UBH NL 128 A.4.2, S. 219–229 und 247–253, ebd. B.1.1, S. 3, 18, 27, 50, 99–100 und 125.
- 29 StABS, PA 816.E.4.17, S. 119.
- 30 Burckhardt-Burckhardt 1896, S. 380–381. Reichensteiner Hof 1901, S. 98–99. Gemeinnützige Schweizerische Nachrichten 1814, S. 149.
- 31 Burckhardt-Burckhardt 1896, S. 370, 375 und 396–397. Gemeinnützige Schweizerische Nachrichten 1814, S. 149–150 und 368–369. Gemeinnützige Schweizerische Nachrichten 1813, S. 442.
- 32 Burckhardt-Finsler 1898, S. 46–47. Original: UB Basel, UBH AG III 10, S. 24r.
- 33 Burckhardt-Burckhardt 1896, S. 380–381.
- 34 UB Basel, UBH NL 128, A.4.2, S. 264–265, 270–271 und 275, und B.1.1, S. VI, 1–2, 27 und 30.
- 35 Wohleingerichteter Schreib-Calendar 1814, S. 72.
- 36 StABS, Protokolle: Kleiner Rat 183, fol. 122v und 126r.
- 37 Vgl. Wöchentliche Nachrichten 1814, S. 30 und 99.
- 38 Kantonsblatt 1814, II, S. 145–149.
- 39 StABS, Protokolle: Kleiner Rat 182, fol. 472v und 476v. Burckhardt-Finsler 1898, S. 48–49.
- 40 Vgl. Wöchentliche Nachrichten 1814, S. 50.
- 41 UB Basel, UBH NL 128 A.4.2, nach S. 256.
- 42 Zihlmann-Märki 2010, S. 223.
- 43 StABS, Protokolle: Kleiner Rat 183, zum Beispiel fol. 9v, 23v, 27r, 29r, 44r, 50r, 54r.
- 44 Kantonsblatt 1814, I, S. 83. StABS, Protokolle: Kleiner Rat 183, fol. 29v.
- 45 StABS, Protokolle: Kleiner Rat 183, zum Beispiel fol. 30v, 57v, 60r und 111r. Burckhardt-Finsler 1898, S. 56–57.
- 46 StABS, Protokolle: Kleiner Rat 183, fol. 34v, und Kantonsblatt 1814, I, S. 167 (Zitat).
- 47 StABS, Protokolle: Kleiner Rat 183, fol. 34v, 37v, 52v und 54v. Kantonsblatt 1814, I, S. 34–35, 113–114.
- 48 UB Basel, UBH NL 128 A.4.2, unpag., nach S. 231.
- 49 Zihlmann-Märki 2010, S. 238. Zum ganzen Kapitel: ebd., S. 234–253, und Gartmann 1930, S. 17–27 und 42–47. Zur Opferzahl auch: UB Basel, UBH NL 128 B.1.1, unpag., vor S. 1; StABS, PA 658a 2, S. 7.
- 50 Zitiert in: Bubbb 1942, S. 67.
- 51 Ruckstuhl; Ryter 2017, S. 30–38. Gesetze 14, §§ 2 und 7.
- 52 Gartmann 1930, S. 23–27.
- 53 Bubbb 1942, S. 59–60 und 67. Gartmann 1930, S. 36. Hotz u. a. 2010, S. 203–209.
- 54 Gemeinnützige Schweizerische Nachrichten 1814, S. 31.
- 55 Zihlmann-Märki 2010, S. 242–243.
- 56 Zur Basler Judenpolitik: Bennewitz 2008, S. 39–42 und 86–98.
- 57 Zum Bestattungswesen: Zihlmann-Märki 2010, S. 39–163.
- 58 StABS, Spitalarchiv V 15,2, 4.2.1814 (Grundler).
- 59 Gemeinnützige Schweizerische Nachrichten 1814, S. 31–35.
- 60 Gemeinnützige Schweizerische Nachrichten 1814, S. 86.
- 61 StABS, Protokolle: Kleiner Rat 183, fol. 84v. Bennewitz 2008, S. 91.
- 62 UB Basel, UBH NL 128 A.4.2, S. 246 und 250–251.
- 63 UB Basel, UBH NL 128 B.1.1, S. 134–135. Schlögl 2016, S. 14. UB Basel, UBH Falk 932:38.
- 64 Epple; Schnyder 1996, S. 109–110. Krämer 2017. Insgesamt zu diesem Kapitel: Guyer 2009, S. 43–58 und 84–90. Guyer 2010, S. 188–194. Zur Hungerkrise Krämer 2015.
- 65 Stolz 1977, S. 62.
- 66 Epple; Schnyder 1996, S. 113, und Leuenberger 2001, S. 49–50. Zur Geschichte der GGG siehe Janner 2015.
- 67 Lengwiler 2011, S. 113.
- 68 Guyer 2009, S. 43.
- 69 Guyer 2009, S. 93.
- 70 Epple; Schnyder 1996, S. 134–136.
- 71 Weber 2012, S. 96.
- 72 Gesetze 16, S. 228–231; Guyer 2009, S. 90–91.
- 73 Zu Krüdener: Schläpfer 1994, vor allem S. 1–47.
- 74 StABS, PA 816a E 4,17, S. 139–142. Kuhn 2003, S. 297–301. Schläpfer 1994, S. 34–35.
- 75 Schlögl 2016, S. 15.
- 76 Faesch 1817, S. 13–16. Schläpfer 1994 S. 44–45.
- 77 UB Basel, UBH Mscr H V 75l, S. 317.
- 78 Epple; Schnyder 1996, S. 109 und 127. Gesetze 17.
- 79 UB Basel, UBH Mscr H V 75m, S. 307–308.
- 80 Stolz 1977, S. 47.
- 81 Herrmann 2011, S. 305–311. Hecht 2012, zum Beispiel S. 138–139.
- 82 Tréfás 2016, S. 29–33.
- 83 Schweizerische National-Zeitung 1847, S. 154, 161, 172, 178, 218 und 393.
- 84 Lengwiler 2011, S. 114 und Epple; Schnyder 1996, S. 134–136.
- 85 Bachmann 1989, S. 15–35, 43–50, 99–104. Ruckstuhl; Ryter 2017, S. 80–84.
- 86 Lutz 1809, S. 333. Zum Folgenden siehe ausführlich Hess 2021.
- 87 Lutz 1814, S. 33–35.
- 88 Von Brunn 1821, S. 16.
- 89 Gysin 1944.
- 90 Ochs 1822, S. 227–357. Vgl. Staehelin 1952, S. 91, 204–212 und Janner 2021.
- 91 Hofmeier 2017, S. 12–14.
- 92 StABS, PA 146a, E 6,2 b: Sitzung vom 15.11.1875.
- 93 Frey 1876.
- 94 StABS, PA 146a, E 6,2 b: Sitzung vom 22.3.1876.
- 95 Frey 1877, S. 46.
- 96 Simon 2000, S. 254 und Hostenstein 2009, S. 83–84.

- 97 Zitiert nach: Grosser Rat, in: Basler Nachrichten 321, Jg. 53, Basel, 26.11.1897.
- 98 Wackernagel 1898.
- 99 Januartage 1798, in: Basler Nachrichten 22, Jg. 54, Basel, 23.1.1898.
- 100 Steiner 1927–1937.
- 101 Salvisberg 1999, S. 270, 316.
- 102 StABS, Bau H 4, 1904–1927.
- 103 Von Wartburg 1997, S. 22–23 und Simon 2000, S. 259–260.
- 104 Die fünfte Kolonne. Enthüllungen über «rein schweizerische Aussenpolitik», in: National-Zeitung, Abendblatt, Basel, 26.10.1940.
- 105 Quislings Denkmal, in: National-Zeitung 501, Basel, 30.10.1945.
- 106 Staehelin 1952.
- 107 StABS, PA 1239.
- 108 Peter Ochs Brief, Nr. 1, Basel 1990, S. 11.
- 109 Kutter 1999b.
- 110 Basel 1798 (1998).
- 111 Kutter 1999a, S. 229.
- 112 Dürr, David: Verräter oder Befreier, in: Basler Zeitung 207, Jg. 179, Basel, 7.9.2021, S. 15.



